

Region

Donnerstag, 24. September 2026

Wer gönnt den Aarbergerinnen und Aarbergern keine Migros?

Seit zehn Jahren ist in Aarberg auf dem Postareal vis-à-vis vom Bahnhof eine Migrosfiliale geplant. Wegen einer Einsprache ist das Projekt seit Februar verzögert. Wer steckt dahinter? Eine Spurensuche.

Tim Grunder-Marolt

Seit rund zehn Jahren fragen sich die Aarbergerinnen und Aarberger: Wann wird beim Postareal endlich eine Migros gebaut? Anfang dieses Jahres war die Antwort greifbar – das Baugesuch wurde veröffentlicht und das Bewilligungsverfahren hat begonnen. Ein halbes Jahr zuvor sagte die Migros Aare gegenüber dem Bieler Tagblatt, dass die Filiale zwei Jahre nach Baubeginn geöffnet werden könne.

Doch dann reichte diesen Februar jemand eine Einsprache gegen das Bauvorhaben ein. Neben der Furcht vor Lärm gehe es in der Einsprache auch um die vorgesehene Zufahrt für die Warenlieferanten, sagt Regierungstatthalterin Franziska Steck (SVP). Seither steht das Projekt still.

Wer steckt dahinter? Darauf geben weder der Aarberger Gemeindepräsident Marc Moser (SVP), die Regierungstatthalterin noch die Bauherrin Migros Aare Auskunft. Aber: «Eine Einsprache gegen ein Bauprojekt kann nicht jeder tätigen», sagt der Bieler Rechtsanwalt Mario Stegmann. Um eine Einsprache erheben zu können, müsse man besonders von einem Bauprojekt betroffen sein. Wer dazu zählt, unterscheide sich je nach Projekt. Doch in jedem Fall sind es die direkten Nachbarn, so der Rechtsanwalt.

Wer als Einsprecher infrage kommt

Im Fall des geplanten Migros-Projekts wären dies unter anderem die Eigentümer des Altersheims Aarvital, der Schrebergärten hinter dem Postareal, der angrenzenden Fachgeschäfte in der Altstadt sowie dem Wohnblock an der Bahnhofstrasse 6. Zwar hätten auch Mieter, Pächter oder Nutzniesser das Recht auf eine Einsprache, doch gerade bei Eigentümern bestehe eine besondere Betroffenheit, da sie anders als ein Mieter nicht einfach so wegziehen könnten, so Stegmann.

Das Bieler Tagblatt hat bei den Eigentümern nachgefragt. Das Altersheim Aarvital hätte ein



Seit zehn Jahren fragen sich die Aarbergerinnen und Aarberger wann es endlich so weit ist.

Bild: zvg

klares Motiv für die Einsprache: Baulärm und Baustellenverkehr könnten die Ruhe und Sicherheit der betagten Bewohner beeinträchtigen. Doch das Altersheim stecke nicht hinter der Einsprache, sagt Geschäftsführerin Sonja Spring.

Die angrenzenden Fachgeschäfte im Aarberger Stedtli verneinen ebenfalls. Der allgemeine Tenor zum geplanten Projekt lautet: Trotz möglicher Konkurrenz belebt die Migros den Standort Aarberg.

Auch die Schrebergarten-Eigentümer sagen, sie würden nicht hinter der Einsprache stecken. Trotzdem ist bei ihnen die Skepsis gross: Der eine Eigentümer befürchtet einen Betonklotz, der ihm Aussicht und Sonnenlicht nimmt. Der andere fürchtet ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und hält die Parzelle schlicht

für ungeeignet. Offenbar hat die Migros während der Bauarbeiten zu wenig Platz auf dem Areal. Deshalb bat sie laut der beiden Schrebergarten-Eigentümer darum, die Baumaschinen während der Bauzeit bei den Gärten abzustellen. Dazu gebe es nun Verhandlungen, wozu die Migros Aare keine Stellung nimmt.

Einer der Garteneigentümer vermutet, dass die Eigentümer des Wohnblocks an der Bahnhofstrasse 6 hinter der Einsprache stecken. Er vermutet einen Konflikt um bestehende Wegrechte. Tatsächlich hat eine Zürcher Firma, die Eigentümerin des Wohnblocks ist, beim Postareal ein Wegrecht. Dazu passt auch, dass ein Grund der Einsprache laut dem Regierungstatthalteramt die geplante Zufahrt für die Warenlieferanten ist. «Wegrechte sind ein häufiges Motiv

bei Einsprachen», sagt Rechtsanwalt Stegmann. Dabei gehe es oft um die Frage, ob der Weg erhalten bleibt oder wer den Unterhalt übernimmt. Auch, ob der Platz während der Bauphase frei bleibt oder Baufahrzeuge Schäden an der Strasse verursachen. Mehrere Anfragen durch das Bieler Tagblatt lässt die Zürcher Immobilienfirma unbeantwortet.

«Manchmal erinnert es an Korruption»

Laut Gemeindepräsident Moser, der Regierungstatthalterin Steck und der Migros Aare würden derzeit Verhandlungen laufen. Mehr lassen die Parteien nicht durchsickern.

Rechtsanwalt Mario Stegmann erklärt, wie solche Verhandlungen ablaufen: Meistens setzen sich Regierungstatthal-

teramt, Gegnerschaft und Bauherr an einen Tisch und versuchen, einen Kompromiss auszuhandeln. So käme es dann oft dazu, dass der Bauherr sein Projekt um ein paar Meter verschiebt oder auf seine Kosten einen Sichtschutz montiert. «Manchmal erinnern die Verhandlungen aber auch an Korruption», so Stegmann, «dann gibt der Bauherr dem Einsprechenden 10'000 Franken auf die Hand und gut ist.» Dieses Vorgehen komme vor und sei legal, so der Rechtsanwalt. Meistens geschehe dies aber nicht vor dem Regierungstatthalteramt.

Das Instrument der Einsprache sollte nämlich das Regierungstatthalteramt bei der Prüfung von Bauprojekten unterstützen, so Stegmann. Dies, weil Bürgerinnen und Bürger vermeintliche Mängel artikulieren können.

Doch da eine Baueinsprache kostenlos ist, werde sie auch oft einfach dazu missbraucht, ein geplantes Projekt zu verzögern oder zu verhindern – auch wenn alle Richtlinien eingehalten werden. «Egal wie absurd eine Einsprache ist, sie verzögert ein Bauprojekt bestimmt um ein halbes bis ein ganzes Jahr.» Würde der Einsprechende über genügend Geld verfügen, könne er sie sogar auf kantonale oder eidgenössische Instanzen weiterziehen, so Stegmann: «Dann ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass der Bauherr den Atem verliert und das Bauprojekt nicht weiterführt.»

Was auch immer die genauen Motive der Einsprache sind: Sie verzögert das Projekt, generiert Kosten und erzürnt die Bevölkerung, die nun seit zehn Jahren sehnlichst auf ihre Migros wartet.

Lastwagen sollen kurzzeitig durch Kappelen rollen

Weil der Aarberger Bärenkreisel saniert wird, sollen Lastwagen nächsten Sommer auf Kappelen ausweichen. Trotz fehlender Entschädigung trägt der Gemeinderat die Umfahrung pragmatisch mit.

Rachel Hämmerli

Nächsten Sommer müssen sich die Anwohnerinnen von Kappelen auf mehr Lastwagen gefasst machen.

Die Dorfstrasse soll als Ersatzroute dienen, während der Bärenkreisel in Aarberg für fünf bis sechs Wochen saniert wird. Das hat das Tiefbauamt des Kantons Bern so vorgesehen. Vom

Gemeinderat kommt keine Gegenwehr. «Es gab keine vernünftige Alternative», sagt Urs Kreuz (SVP), der in Kappelen für die Strassen verantwortlich ist. «Die andere Route wäre viel zu weit.» Das würde auch ökologisch keinen Sinn ergeben. Die Lastwagen müssten nämlich von Barmen herkommend entweder über Walperswil oder Bühl in Richtung Biel fahren, um dort auf

der Autostrasse nach Lyss zu gelangen. Wegen der erforderlichen Strassenbreite für Lastwagen kommt nur eine Hauptstrasse infrage – Mooswege und Wohnquartiere scheiden aus. Als Lösung bleibe also nur die Dorfstrasse von Kappelen, um den Verkehr zügig nach Lyss zu leiten, so Kreuz. Die Gemeinde hebt dafür das Lastwagenverbot kurzzeitig auf und mahnt die Fahr-

er mit einer Geschwindigkeitsanzeige zur Einhaltung der Tempo-50-Zone.

Eine finanzielle Entschädigung bekommt Kappelen zwar nicht, doch Urs Kreuz sieht es pragmatisch: «Wir sind schliesslich auch froh um die Hilfe anderer Gemeinden, wenn bei uns gebaut wird.» Widerstand aus der Bevölkerung erwartet er wegen der kurzen Baudauer nicht.

Der Bärenkreisel in Aarberg ist mit täglich rund 10'000 Fahrzeugen ein zentrales Nadelöhr der Region. Er existiert seit elf Jahren als Provisorium. Nächsten Sommer soll der Kreisel betoniert und vergrössert werden. Dafür wird der Kreisel für fünf bis sechs Wochen vollständig gesperrt.

Doch die Baumaschinen sind schon angerollt. Die Evolon

AG erneuert bis November die Werkleitungen beim Kreisel.

Für Autofahrerinnen und Autofahrer bedeutet das schon jetzt Geduld – aus Richtung Kappelen bleibt die Kappelenstrasse bis Ende November für Autos gesperrt. Die Zufahrt ins Stedtli über die Holzbrücke ist jedoch möglich. Die Ausfahrt erfolgt über die Falkenbrücke am anderen Ende des Stedtli.